

Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth vom 7. bis 9. Januar 2015

## ORGANISIERTE KRIMINALITÄT EFFEKTIV BEKÄMPFEN

09.01.2015

Die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität ist in den vergangenen Jahren aufgrund der anhaltenden terroristischen Bedrohung bisweilen aus dem Fokus geraten. Die Auswirkungen und Schäden für den Einzelnen, aber auch für unser Gemeinwesen, sind jedoch enorm. Alleine durch Ermittlungsverfahren im Jahr 2013 wurde für Deutschland ein Schaden von 720 Millionen Euro festgestellt. Der Gesamtschaden für Europa beträgt nach Schätzungen jährlich einen dreistelligen Milliardenbetrag – wobei von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden muss. Die Gelder werden oft mehrfach „gewaschen“ und dann wieder dem legalen Wirtschaftskreislauf zugeführt.

Zu selten gelingt es den Strafverfolgungsbehörden, zusammenhängende Strukturen zu erkennen und nachhaltig zu zerschlagen. Das kriminelle Vorgehen der internationalen Banden ist arbeitsteilig, konspirativ und professionell organisiert. In jedem zweiten Ermittlungsverfahren arbeiten mindestens zwei verschiedene Nationalitäten zusammen. Oft werden Angriffe aus dem Ausland heraus gesteuert und gezielt über das Internet koordiniert und durchgeführt. Die bestehenden Rechtsgrundlagen müssen daher fortentwickelt und an das konspirative Verhalten der Täter angepasst werden. Schwerpunkte der Organisierten Kriminalität in Deutschland sind laut dem Lagebild des Bundeskriminalamtes für 2013 weiterhin der Rauschgifthandel und die Eigentumskriminalität.

### Wohnungseinbrüche wirksam bekämpfen

Die Zahl der Wohnungseinbrüche hat in den vergangenen Jahren wieder kontinuierlich zugenommen. Mit 149.500 Einbrüchen im Jahr 2013 wurde ein neuer Spitzenwert erreicht. Das Sicherheitsgefühl vieler Menschen ist erschüttert. Wir setzen uns deshalb für den Einsatz moderner Software ein, um durch computergestützte Analysen Kriminalitätsschwerpunkte besser zu lokalisieren und Muster der Tatbegehung noch schneller als bisher zu erkennen. Eine Software für „Predictive Policing“ kann zwar die polizeiliche Ermittlungsarbeit letztlich nicht ersetzen, bisherige Modellprojekte zeigen jedoch, dass sie eine wichtige Hilfestellung bietet. Sie sollte daher so schnell wie möglich flächendeckend zum Einsatz kommen.

Zur Verbesserung der Strafverfolgung sollte der Wohnungseinbruchdiebstahl auch in den Katalog der „schweren Straftaten“ in § 100 a Abs. 2 der Strafprozessordnung aufgenommen werden. Durch Telefonüberwachung, Speicherung der Verbindungsdaten und Funkzellenabfragen können solche Täterstrukturen leichter aufgedeckt und potenzielle Täter leichter geortet werden. Darüber hinaus können in den meisten Fällen nicht aufgeklärte Taten so nachträglich noch zugeordnet werden. Dies setzt allerdings eine vorherige verfassungs- und europarechtskonforme Speicherung solcher Verbindungsdaten für einen begrenzten Zeitraum voraus.

In den besonders betroffenen Großstädten und grenznahen Regionen sind nicht zuletzt verstärkte polizeiliche Kontrollfahrten durchzuführen. Schließlich wird ein großer Teil der Einbrüche arbeitsteilig organisiert und das Diebesgut unverzüglich außer Landes gebracht. Der Abbau von Polizeidienststellen in einigen Ländern ist insofern unverantwortlich. Zudem wird damit die engagierte und hochmotivierte Arbeit vieler Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Deutschland, die täglich für unsere Sicherheit eintreten, auf eine harte Probe gestellt. Es ist schließlich die vorrangige Pflicht der Länder, durch eine personell und materiell gut ausgestattete Polizei für die Sicherheit der Menschen vor Ort zu sorgen.

Alle Polizeibehörden in Bund und Ländern müssen darüber hinaus umfassend zusammenarbeiten, auch mit den Behörden in unseren Nachbarländern. Dass dies möglich ist und zu Erfolgen bei der Ermittlungstätigkeit führt, zeigt die intensive Zusammenarbeit Bayerns mit den österreichischen und tschechischen Polizeibehörden. Daher sollte ein mit Tschechien durch den Bundesminister des Innern ausgehandeltes Polizeiabkommen zum gemeinsamen Kampf gegen Grenzkriminalität umgehend in Kraft gesetzt werden.

#### Einbau von Sicherheitsvorkehrungen fördern

Nicht alle, aber viele Straftaten können verhindert werden. So bleiben beispielsweise 40 Prozent aller Wohnungseinbrüche lediglich Versuche, da die vorhandenen Sicherheitssperren von den Tätern nicht überwunden werden können. Die CSU-Landesgruppe begrüßt daher die Programme der KfW-Bankengruppe, Fördergelder für den Einbau von mechanischen und elektronischen Sicherheitseinrichtungen zum Einbruchschutz in Wohngebäuden zur Verfügung zu stellen. Die CSU-Landesgruppe setzt sich dafür ein, hieraus ein eigenes Förderprogramm zu entwickeln, welches sowohl den Einbau von mechanischen als auch elektronischen Sicherheitsvorkehrungen unterstützt. Darüber hinaus sollte durch die Bundesregierung über bereits bestehende steuerliche Absetzungsmöglichkeiten, um die eigene Wohnung oder das eigene Haus zu sichern, fortlaufend und aktiv informiert werden.

#### Keine Legalisierung von Cannabisprodukten

Der Handel mit verbotenen Cannabisprodukten ist nach dem Handel mit Kokain das zweitbedeutendste Feld im Bereich der organisierten Rauschgiftkriminalität. Bestehende Transportrouten werden längst auch für die Einfuhr von Cannabis – und vor allem neuen, modifizierten Cannabisprodukten – genutzt. Diese neuen Produkte beruhen auf Veränderungen beim Cannabisharz- und Cannabiskraut. Sie besitzen damit eine deutlich höhere Stärke als bisherige handelsübliche Produkte. Die CSU-Landesgruppe spricht sich weiterhin gegen ein Wegschauen bei oder gar eine Legalisierung von Cannabisprodukten aus, wie dies derzeit von verschiedenen Seiten wieder verstärkt gefordert wird. Eine solche Legalisierung ist mit Blick auf die gravierenden Risiken und Gesundheitsgefahren, die mit dem Konsum von Cannabis und gegebenenfalls weiteren nachfolgenden härteren Drogen gerade für junge Menschen nachweislich einhergehen können, nicht verantwortbar. Sie würde zudem nicht dem Sicherheits- und Schutzempfinden der Bevölkerung Rechnung tragen.

#### Designerdrogen noch schneller als bisher verbieten

Neue Drogen, die auf synthetischen oder natürlich vorkommenden Substanzen beruhen, haben in den vergangenen Jahren rasant zugenommen. Allein im Jahr 2013 wurden von den europäischen Mitgliedstaaten einundachtzig neue psychoaktive Substanzen entdeckt und unter Strafe gestellt. Die Substanzen werden oftmals in geheimen, von Banden betriebenen Labors produziert und direkt vor Ort oder per Bestellung im Internet verkauft. Die CSU-Landesgruppe unterstützt die Initiative des Europäischen Parlamentes, „legal highs“ künftig noch schneller als bisher verbieten und unter Strafe stellen zu können. Wir regen darüber hinaus an, dass es den EU-Mitgliedstaaten möglich sein sollte, für einzelne Substanzen temporäre Verbote auszusprechen. Dann müssten Stoffe mit einem potenziellen Risiko nicht erst langfristig und aufwändig auf ihre Gefährlichkeit hin untersucht werden, sondern könnten bereits frühzeitig beschlagnahmt und vom Markt genommen werden.

## Kampf gegen Crystal Meth verstärken

Seit dem Jahr 2008 hat die Zahl der Rauschgiftdelikte mit Methamphetaminen in Deutschland sprunghaft zugenommen. Die Schwerpunkte des Schmuggels, Handels und Konsums dieser Droge liegen in den Grenzgebieten zu Tschechien und Polen. Methamphetamine haben ihren Weg aber auch in mehrere Ballungsräume gefunden. Die CSU-Landesgruppe unterstützt den unermüdlichen Einsatz der Fahnder im grenznahen Raum, um Dealer und Konsumenten vom Verkauf und Erwerb von Methamphetaminen abzuhalten. Sie begrüßt die Einsetzung einer Taskforce Crystal Bayern, die für einen tagesaktuellen Informationsaustausch zwischen den deutschen und den tschechischen Fahndungsgruppen sorgen soll. Schließlich kann nur ein gemeinsames, länderübergreifendes Vorgehen von Fahndungsgruppen letztlich erfolgreich sein, um Drogen-Labore, Händler und Transportrouten aufzudecken. Die CSU-Landesgruppe begrüßt, dass zugleich verstärkt über die Risiken des Konsums dieser hochgefährlichen Substanzen aufgeklärt wird und dass im Bundeshaushalt 2015 auf Initiative der Drogenbeauftragten zusätzlich 500.000 Euro hierfür eingestellt worden sind.

## Zigarettschmuggel unterbinden

Nach Deutschland geschmuggelte Zigaretten führen jährlich nicht nur zu einem geschätzten Steuerausfall in Höhe von vier Milliarden Euro, sondern sie stellen auch eine wichtige Einnahmequelle der Organisierten Kriminalität dar. Aufgrund der hohen Gewinnmargen und des geringen Verfolgungsdrucks haben sich zahlreiche Banden etabliert und ihre Tätigkeit längst auf andere kriminelle Bereiche ausgeweitet. Die CSU-Landesgruppe fordert daher, den Einsatz gegenüber entsprechenden kriminellen Netzwerken zu verstärken und die europäische Zusammenarbeit zur Bekämpfung entsprechender krimineller Vereinigungen weiter zu vertiefen.

## Internetkriminalität bekämpfen

Ein erheblicher Teil der Organisierten Kriminalität hat sich mittlerweile auch ins Internet verlagert. Zahlreiche Phänomene vom Diebstahl von Identitäten bis hin zur digitalen Schutzgelderpressung konnten sich in den vergangenen Jahren etablieren. Die Täter arbeiten flexibel und professionell und stellen sich schnell sowohl auf neue technische Entwicklungen als auch auf Verhaltensänderungen ihrer potenziellen Opfer ein. So erfolgen viele Ausspäh- und Phishing-Angriffe mittlerweile nicht mehr nur über infizierte Email-Anhänge, sondern oftmals über manipulierte Werbung auf öffentlichen Webseiten. Deren Aufruf führt dann bereits zur Installation von schadhafter Software auf dem eigenen Computer oder Smartphone. Für eine effektive Verfolgung der Täter und für den Schutz der Opfer ist ein Zugriff auf die entsprechenden Verbindungsdaten unerlässlich. Diese schutzlose Auslieferung wird die Bevölkerung auf Dauer nicht hinnehmen. Der Staat muss seine Bürger schützen und nicht die Verbindungsdaten von Kriminellen.

## Recht der Vermögensabschöpfung novellieren

Wir müssen den Zugriff auf das Vermögen und die erzielten Gewinne der Banden erleichtern. Bei unklarer Herkunft des Vermögens muss eine vorläufige Beschlagnahme Vorrang vor einem Verbleib des Vermögens bei den mutmaßlichen Tätern haben. Eine nachträgliche Vermögensabschöpfung sollte zudem noch bis zu fünf Jahre nach einer rechtskräftigen Verurteilung möglich sein. Wir sprechen uns ferner für die Einführung eines geregelten Nachverfahrens aus, das sicherstellt, dass kriminelle Erträge zunächst durch den Staat abgeschöpft und dann später im Wege eines Ausgleichs an Geschädigte übergeben werden. Darüber hinaus ist der Anwendungsbereich der erweiterten Vermögensabschöpfung auf Tatbestände der Informations- und Kommunikations-, der Arzneimittel- und der Eigentumskriminalität auszudehnen. Schließlich ermöglichen auch Taten in diesen Kriminalitätsbereichen die rechtswidrige Anhäufung großen Vermögens.

### Tatbestand der Geldwäsche erweitern

Die CSU-Landesgruppe setzt sich dafür ein, bestehende Lücken bei der Strafbarkeit der Geldwäsche zu schließen. Der Katalog der möglichen Vortaten ist um alle gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande oder kriminellen Vereinigung begangenen Taten zu erweitern. Weitere Straftaten aus Nebengesetzen, wie beispielsweise Verstöße gegen das Arzneimittelgesetz, sind ebenfalls als mögliche Vortaten mit einzubeziehen.

### Verbindliche Regelungen für Onlinewährungen schaffen

Die Bedeutung von Internetwährungen hat in den vergangenen Jahren rasant zugenommen. Derzeit sind beispielsweise bereits mehr als 13 Millionen Bitcoins mit einem Marktwert von mehr als drei Milliarden Euro im Umlauf. Es fehlt allerdings weiterhin an transparenten und nachvollziehbaren rechtlichen Rahmen für den Umgang mit Onlinewährungen. Dies lädt zu Missbrauch und strafbaren Handlungen angesichts einfacher und leicht zu manipulierender Anmelde- und Umtauschverfahren auf virtuellen Marktplätzen ein. Einkünfte aus strafbaren Handlungen können so mit Hilfe von Onlinewährungen in großem Ausmaß „gewaschen“ werden. Beschlagnahmen durch Ermittlungsbehörden sind darüber hinaus angesichts des hohen Grades der Verschlüsselung oftmals äußerst schwierig. Die CSU-Landesgruppe setzt sich daher für einen international geltenden Rechtsrahmen für Onlinewährungen ein. Dieser muss nicht nur mehr Rechtssicherheit für die Beteiligten zum Ziel haben, sondern auch dem erhöhten Risiko der Geldwäsche und dem berechtigten Anliegen der Ermittlungsbehörden Rechnung tragen.

### Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden verbessern

In rund achtzig Prozent aller Ermittlungsverfahren im Bereich der Organisierten Kriminalität besteht ein internationaler Bezug. Im Jahr 2013 konnten im Rahmen von deutschen Ermittlungsverfahren allerdings weniger als zehn Prozent des mutmaßlichen Vermögens im Ausland sichergestellt werden. Bilaterale Abkommen auf dem Gebiet der polizeilichen Zusammenarbeit sind ebenso wie eine Verbesserung der Koordination und Zusammenarbeit unter der Führung von EUROPOL und EUROJUST unabdingbar. Die CSU-Landesgruppe regt darüber hinaus den Aufbau weiterer Joint Investigation Teams an, um komplexe grenzüberschreitende Sachverhalte noch besser als bisher aufzuklären.